



GUTE ARBEIT! GUTER LOHN! GUTE RENTE!

Im Überblick

Seite 2

- Bürgerbeteiligung am Haushalt
- „Patienten sind Kunden und der Kunde ist König“

Seite 3

- Vergiftete Hilfe für klamme Kommunen
- Interview mit Uwe Schlüper

Seite 4

- Wie erspare ich mir die Abfindung
- Ist der Umbau der Energieversorgung bezahlbar? Teil II

Seite 5

- Kurz notiert
- Theater in der JVA Aachen
- Behindertenlotsen in Eschweiler

Seite 6/7 Beilage

Kreisverband DIE LINKE Städteregion Aachen
Seite 8 Rückspiegel

Stärkungspaket – Vergiftete Hilfe für klamme Kommunen

Die Erwartungen der Kommunen waren groß. 350 Mio. € will die Landesregierung jährlich für die überschuldeten Kommunen bereit stellen. In der ersten Stufe sollen über 10 Jahre hinweg ins-

gesamt 5,85 Milliarden € zur Verfügung stehen.

Die Verschuldung aller NRW- Kommunen betrug jedoch schon Ende 2010 rund 57 Mrd. €, davon 20

Mrd. € Kassenkredite (Dispo). In 10 Jahren wird dieser Schuldenberg weiter angestiegen sein. An Hilfe angeboten wird nur der Tropfen auf den heißen Stein.

Fortsetzung Seite 3

GESETZLICHER MINDESTLOHN

Dass Mindestlöhne Arbeitsplätze kosten, ist inzwischen widerlegt. Die Einführung und Erhöhung von Mindestlöhnen in Frankreich, Großbritannien oder auch den USA hat keinen Beschäftigungsabbau zur Folge gehabt, wie Studien belegen.

Die Niedriglohnschwelle liegt in Deutschland laut statistischem

Bundesamt bei 9,85 Euro¹. 2009 haben bundesweit 22,3%² der Vollzeitbeschäftigten für Niedriglöhne gearbeitet. Über 358.000³ Vollzeitbeschäftigte müssen ihre kargen Löhne mit Hartz IV aufstocken. Um nach 45 Beitragsjahren bei Vollzeitbeschäftigung im Alter eine Rente zu erhalten, die oberhalb der durchschnittlichen Grundsicherung liegt

(663 Euro), ist ein Stundenlohn von 9,46 Euro nötig. Das sind starke Argumente für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro.

¹ Letzte Erhebung von 2006

² »Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte«, BA 11/2010

³ »Arbeitsmarkt in Zahlen«, Erwerbstätige ALG-II-Bezieher Dezember 2010, BA Statistik



Rente: Gründlichkeit statt Pfusch am Bau



Heute ist die Rente wie ein Haus, dessen Statik durch rot-grüne-schwarz-gelbe Politik gefährlich ins Wanken gebracht worden ist.

Vor zehn Jahren haben SPD und Grüne das zuvor stabile Haus der Alterssicherung ohne Not in seinen Grundfesten erschüttert: Sie haben das Rentenniveau gesenkt, die private Riester-Rente und ungerechte Abschläge in die Erwerbsminderungsrente eingeführt und den Niedriglohnsektor massiv ausgedehnt. Schwarz-Rot hat mit der Rente erst ab 67 weiter am Gebäck gesägt. Die Folge: Die Rente schützt nicht einmal vor Altersarmut.

Union und FDP machen sich nun daran, das Gebäude im Rahmen eines »Regierungsdialogs Rente« zu renovieren. Die vor allem vom Arbeitnehmerflügel der CDU und auch von Teilen der CSU geforderte Rente nach Mindestentgeltpunkten ist zwar ein wichtiges Element, das DIE LINKE schon lange fordert. Aber allein ist sie wirkungslos. Die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen will nicht einmal das. Sie will die Zurechnungszeit in der Erwerbsminderungsrente gerade mal soweit anpassen, dass die Sicherungslücke genauso groß bleibt wie zuvor ohne die Rente erst ab 67. Statt also tragende Elemente zu stabilisieren, wollen Union und FDP nur hier und da gefährliche Risse im Putz zuspachteln. Das ist – mit Ansage – Pfusch am Bau. Kaum begonnen, erweist

sich der so genannte »Regierungsdialog Rente« als Blendwerk.

Nachhaltige Rentenpolitik geht anders. DIE LINKE will die Grundfesten des Gebäudes wieder herichten. Der Bauplan ist klar und gründlich: Gute Arbeit und gute Löhne sichern das Fundament. Wer über Erwerbseinkommen verfügt, zahlt in die zur »Solidarischen Rentenversicherung« erweiterte und umbenannte gesetzliche Rentenversicherung ein. Das heißt, dass nicht nur Angestellte und Arbeiter_innen, sondern auch Beamte und Beamtinnen, Selbständige, Abgeordnete und Minister_innen Beiträge in die Rentenkasse einzahlen und selbstverständlich z.B. für Langzeiterwerbslose wieder Beiträge überwiesen werden. Eine gute Rente, die das einmal im Leben Er-

reichte sichert, sorgt für eine stabile Statik. Deswegen müssen die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel und die Rente erst ab 67 zurückgenommen werden.

Gesetzliche und flächendeckende Mindestlöhne und eine soziale Mindestsicherung schützen das Fundament vor Verwitterung. Und die Solidarische Mindestrente sorgt dafür, dass keine Rentnerin und kein Rentner im Alter auf die Straße gesetzt werden muss, weil sie oder er die Miete nicht mehr zahlen kann. DIE LINKE kämpft dafür, dass niemand im Alter von weniger als 900 Euro leben muss!

Matthias W. Birkwald, MdB, ist rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und Abgeordneter aus NRW

Bürgerbeteiligung am Haushalt – Mitbestimmung oder Farce?



Nach der Online-Befragung der BürgerInnen der Stadt Aachen zum Haushalt 2011 soll die Bürgerbeteiligung am Haushalt 2012 ausgeweitet und verbessert werden. Das von der Firma Zebralog entwickelte und in zwei Workshops zusammen mit Vertretern der Verwaltung und Fraktionen erarbeitete Konzept bietet die Grundlage für die dreiwöchige Bürgerbefragung vom 14. November bis zum 04. Dezember 2011.

Nun konnte man bereits in den Workshops feststellen, dass die Mehrheit der PolitikerInnen an einer wirklichen Beteiligung der BürgerInnen nicht interessiert ist.

Merkwürdigerweise wehren sich besonders die GRÜNEN gegen ein Mehr an Bürgerbeteiligung, während sich die beiden Vertreter der SPD in den Workshops in vielen Fragen zerstritten zeigten.

Wie ist das jetzt vorliegende Konzept zu bewerten? Im Wesentlichen können die BürgerInnen nur über Kürzungsvorschläge abstimmen. Umschichtungen im Haushalt oder Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation spielen allenfalls eine untergeordnete Rolle. Im übrigen hat Schwarz-Grün schon vor der Bürgerbefragung das beitragsfreie 1. Kita-Jahr gestrichen und klargemacht, dass zumindest vorläufig nicht an eine Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes gedacht wird, womit man möglichen Vorschlägen von Bürgerseite schon

von vornherein den Wind aus den Segeln nimmt.

Ein weiteres Manko ist die Tatsache, dass die BürgerInnen in Aachen am Verfahren und an der Konzepterstellung der Bürgerbeteiligung in keiner Weise einbezogen worden sind. Dies hatten die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat und die Piraten zum Anlass genommen, eine Sondersitzung des Bürgerforums zu beantragen, um so Kritik und Vorschläge von Seiten der Bürgerschaft noch in das Konzept einfließen zu lassen. Inwieweit die in der Sitzung am 17.10.2011 gemachten Anregungen von anwe-



senden Einwohnerinnen und Einwohnern noch in das Verfahren und das

Konzept eingebunden werden, lässt sich zur Zeit noch nicht sagen. Aber Skepsis ist angebracht.

Von einer wirklichen und ernstzunehmenden Bürgerbeteiligung oder gar einem Bürgerhaushalt ist das vorliegende Verfahren weit entfernt. Die Fraktion DIE LINKE im Aachener Stadtrat wird die Entwicklung weiterhin beobachten und das Thema Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalt immer wieder auf die Tagesordnung setzen.

Leo Deumens,
Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Aachen

Teil 4 Dicke Lügen:

„Patienten sind Kunden und der Kunde ist König“ Die Wahrheit sieht anders aus



Seit Jahren lässt sich ein Wechsel in der Gesundheitsversorgung beobachten. Aus Gesundheit als öffentliches Gut und allgemeinem Menschenrecht wird mehr und mehr Marktware. Aus Patient/inn/en werden „Kunden“.

Der Patient als Kunde – das hört sich erst mal gut an: Man bemüht sich um mich. Mit meinen Anliegen stehe ich im Mittelpunkt. Als Kunde bin ich (ungekrönter) König! Bin ich unzufrieden, gehe ich um die Ecke zum nächsten Anbieter oder kaufe eben gar nicht. So mag es im Idealfall sein, wenn es um den Kauf eines Handys oder einer Kaffeekanne geht. Aber ist das so einfach übertragbar auf Patienten und das Gesundheitssystem?

Patienten haben nicht die Möglichkeit, Art, Zeitpunkt und Umfang der Gesundheitsleistung zu bestimmen, auf die sie oft von jetzt auf gleich angewiesen sind. Ich kann nicht wie auf Konsumgüter auf Versorgung verzichten, wenn ich krank geworden bin. Auf der anderen Seite einer Kundenbeziehung steht der Verkäufer. Er interessiert sich so lange für einen Kunden, wie ein Geschäft in Aussicht steht. Leider erleben wir immer öfter, dass Gesundheitsleistungen nicht vom objektiven Nutzen für die Patienten und erst recht nicht von allgemeiner gesellschaftlicher Nützlichkeit sind (Beispiel „Schweinegrippe-Impfung“).

Mit der Umbenennung von Patienten in „Kunden“ werden Lebensrisiken wie Krankheit zur Privatsache erklärt. Es geht um Verlagerung der Krankheitskosten auf den Einzelnen. Wer nicht über Kaufkraft verfügt, liegt angeblich mit seinem Kranksein der Gemeinschaft auf der Tasche. Nach dieser Logik sollen Eigenbeteiligung und Zuzahlungen akzeptiert werden.

Eigenbeteiligung belastet jedoch ausschließlich Kranke, verschont Gesunde und trifft ärmere Haushalte stärker als einkommensstärkere. Damit wird von der Politik ein gesellschaftlicher Standard aufgegeben, der in langen Auseinandersetzungen über mehr als hundert Jahre erkämpft wurde. Mit der Rolle als „Kunde“ soll die Enteignung von Rechten hingenommen werden. Als „Kunde“ soll der Einzelne für seine Lage selbst verantwortlich sein. Soziale Sicherung wäre damit kein öffentliches Gut mehr, das jedem gleichermaßen zuteil wird.

Der Kundenbegriff passt nicht in ein Gesundheitssystem, das auf Solidarität ausgerichtet ist und in dem die angebotenen Gesundheitsleistungen vom Patienten nicht beurteilt werden können. Solange



wird, steigen nicht nur die Ausgaben unaufhörlich weiter, sondern es sind auch ständig neue erfundene Krankheiten und Diagnosen zu erwarten. Tatsache ist: Unwirksame oder gar gefährliche Gesundheitsleistungen können den gleichen Gewinn erbringen wie nützliche. Gesund ist das nicht.

Vertrauen in ein Gesundheitswesen unterstellt verantwortliches Handeln der Akteure. Gesundheitsleistungen, die auf der Grundlage von Vertrauen erbracht werden, gehen in Richtung eines glaubwürdigen Versprechens. Es beruht auf Zuverlässigkeit und Wohlgesonnenheit. Vertrauen ist nicht käuflich und Gesundheit ist keine Ware!

Menschenrechte lassen sich nicht vermarkten.

die Medizin fast ausschließlich nach den Kriterien von Markt und Wachstum bemessen und bezahlt

Helga Ebel, Sachkundige Bürgerin im Städtereionstag Aachen

Wir fordern:

- ▶ eine Solidarkasse für Krankheit und Pflege
- ▶ ein Patientenrechts- / und -schutzgesetz
- ▶ eine medizinische Versorgung, die beweisgestützt ist.
- ▶ Demokratie und öffentliche Kontrolle im Gesundheitssystem

Weitere Informationen:
• Unabhängige Patientenberatungsstellen
• Medizinrechts-Beratungsnetz
• Initiative unbestechlicher Ärztinnen und Ärzte (MEZIS)

Fortsetzung in der nächste Ausgabe von WIR: Die nächste dicke Lüge „**Staatliche Gesundheitsforschung ist ineffektiv und teuer.**“

Fortsetzung: Stärkungspaket – Vergiftete Hilfe für klamme Kommunen



Nun sind die Einzelheiten vorgelegt worden, und die 34 überschuldeten Kommunen – in unserer Region sind das Würselen und Stolberg – sind zur Teilnahme am Konsolidierungsprogramm **verpflichtet**. Denn verlangt wird ein drastisches Kürzungsprogramm. Im Klartext: es werden Kürzungen in den Empfängerkommunen gefordert, bewehrt mit Sanktionen bis hin zur Einsetzung eines Kommissars. Nach 5 Jahren, wenn sich die Kommunen "kaputtgespart" haben, werden die Landesmittel entsprechend zurückgefahren. Dies ist jedoch alles kein Luxus, sondern macht das Leben in einer Stadt aus. Für die Einwohnerinnen und Einwohner bedeutet dies auch eine drastische Erhöhung der Gebühren, zum Beispiel bei Bus und Bahn, Straßenreinigung, Müllabfuhr. Wir können es uns aber nicht leisten, an unserer Zukunft, unseren Kindern, zu kürzen. Solche Landeshilfen braucht niemand.

Wir leben in einem reichen Land, es darf keine verarmten Kommunen geben!

Der Bund, aber auch das Land haben den Kommunen Aufgaben ohne ausreichende Finanzierungsmittel aufgedrückt und sie dadurch in die Überschuldung getrieben.

Während Bund und Land Kürzungspolitik betreiben und Schulden abzubauen wollen, zwingen sie den Kommunen die Schulden auf, die sie selbst nicht aufnehmen wollen. Mit der Schuldenbremse wird alles noch schlimmer.

brachte die Landtagsfraktion in das Plenum des Landtages NRW ein. (Drs.15/2848)

Es wird höchste Zeit zu handeln. Das Stärkungspaket führt in die falsche Richtung.

Wie soll diese „Einsparung“ bei den Kommunen erreicht werden?

- ▶ Schließung von Sporteinrichtungen und Streichung von Fördermitteln für Vereine, die jedoch eine unschätzbare Jugendarbeit leisten,
- ▶ Schließung der öffentlichen Bücherei oder der Musikschule,
- ▶ Verzicht auf kulturelle Veranstaltungen,
- ▶ Zusammenlegung von Kindergärten und Schulen,
- ▶ Personalabbau und Verkürzung der Öffnungszeiten von Behörden.

Dagegen fordert DIE LINKE eine echte Entschuldung anstelle des „Kaputtsparens“ der Kommunen durch folgende Maßnahmen.

- ▶ Auszahlung von Landeshilfen ohne Auflagen und Zwangsmaßnahmen,
- ▶ Bildung eines Sondervermögens außerhalb des Landeshaushalts,
- ▶ Eine Schuldenüberprüfung, dann Verhandlungen mit Kreditinstituten und sonstigen Gläubigern,
- ▶ Eine deutliche Erhöhung des Verbundsatzes und höhere Schlüsselzuweisungen für die Kommunen,
- ▶ Vorstöße auf Bundesebene für eine andere Steuerpolitik.

Das Land hat viel mehr Möglichkeiten, z. B. im Bundesrat aktiv zu werden; die Kommunen dagegen haben keinen direkten Zugriff auf den Bund. Einen entsprechenden Antrag

Albert Borchardt,
DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler



Das Redaktionsteam und die Austeiler der WIR bedanken sich bei unseren Leserinnen und Leser für das entgegengebrachte Vertrauen.

Wir wünschen allen ein

Frohes Weihnachtsfest

und ein gutes

Neues Jahr 2012



Interview mit Uwe Schlüper, Sozialberatung beim Wahlkreisbüro Andrej Hunko in Aachen

Wann und warum hast Du Dich entschlossen, Sozialberatung anzubieten?

Schlüper: In erster Linie waren es meine Erfahrungen aus eigener Betroffenheit. Vor ca. fünf Jahren war ich selbst für kurze Zeit arbeitslos und hatte es mit der damaligen ARGE der Stadt Aachen zu tun. Von dort gab es keine vernünftigen Infos. Außerdem wurde mir klar, dass dort mit rechtswidrigen Dienstanweisungen hantiert wurde. Da habe ich mich selbst mit den juristischen Hintergründen beschäftigt und später diese Kenntnisse im Cafe Zuflucht angeboten.

Welchen Personenkreis sprichst Du mit der Beratung an?

Schlüper: Das sind mehrheitlich Empfänger/-innen im Rechtskreis SGB II, also sog. Hartz IV-Empfänger/-innen. Aber auch Leistungsbezieher/-innen des SGB XII suchen die Beratung auf, vor allem diejenigen, die Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbsminderung beziehen. Ich mache im übrigen keine Rechtsberatung i.e.S., sondern weise die Leute auf ihre Rechte und Möglichkeiten hin.

Was sind die häufigsten Probleme, auf die Du angesprochen wirst?

Schlüper: Die beiden großen Problemfelder sind einmal die Kosten der Unterkunft, also die Übernahme von Miete und Heizkosten, und dann die Eingliederungsvereinbarungen. Es kommt nicht selten vor, dass das Jobcenter die angemessenen Wohnkosten nicht übernehmen will. Die Richtwerte schwankten in der Vergan-

genheit dort, was zur Verunsicherung beigetragen hat. Bei den Eingliederungsvereinbarungen kommt es vor, dass Menschen diese nicht unterzeichnen wollen oder können. Des Weiteren wird in ihnen sehr viel gefordert aber nicht gefördert; lt. Gesetz muss eine Eingliederungsvereinbarung jedoch beides beinhalten. Insgesamt ist zu beobachten, dass sich für die Angestellten der Jobcenter der Spielraum „durch Ermessen“ zu entscheiden, immer mehr verringert. Bisherige Rechtsansprüche werden zu Ermessensleistungen – bisheriges Ermessen bei Leistungskürzungen wird zu einer Pflicht zur Leistungskürzung. Dadurch steigt der Druck, und es kommt zu nachteiligen Entscheidungen für die Leistungsbezieher.

Wie bewertest Du die jüngste Entscheidung des Städteregionstags, für das Jobcenter keine Ombudsstelle einzurichten?

Schlüper: Eine solche Ombudsstelle hätte nur Sinn gemacht, wenn sie wirklich unabhängig gewesen wäre und ausreichend Kompetenzen gehabt hätte. Das war aber nicht gewollt. Meines Erachtens ist es wichtig, die Arbeit der Arbeitslosenberatungsstellen stärker finanziell zu fördern. Hier ist das Land NRW gefragt, die Mittel aufzustocken.

Abgesehen von der grundsätzlichen Ablehnung von Hartz IV – welche Maßnahmen wären notwendig, um die Situation der Leistungsempfänger kurzfristig zu verbessern?

Schlüper: Schwer zu sagen. Ohne eine Änderung des Sozialgesetzbuches sind nur wenig Sa-

chen zu verbessern. In erster Linie wäre eine bessere Schulung der Jobcenter-Mitarbeiter/-innen notwendig. Ebenso muss sich das Selbstverständnis der Jobcenter ändern – hin zu einer Institution, die Menschen bei der Suche nach einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit behilflich ist und nicht einer, deren Aufgabe es ist, Druck auszuüben. Zudem sollte man bei der Schätzung von Einkommen von niedrigeren Werten ausgehen. Außerdem müssten Änderungen bei Bescheiden verständlicher gestaltet werden, damit die Leute erkennen können, warum das Jobcenter Gelder zurückzahlt oder nachfordert. Hier geht es um Beträge, die für die Betroffenen existenzgefährdend sind. Verhindert werden sollte, dass es zu einem Rechtsstreit kommt – ein großer Teil der Widerspruchsverfahren und Rechtsstreitigkeiten geht zugunsten der Leistungsbezieher/-innen aus. Mit anderen Worten: Das Jobcenter verweist auf Leistungen unterhalb des Existenzminimums; unter diesem Aspekt ist jedes Verfahren vor dem Sozialgericht eins zuviel!

Das Interview führte Harald Siepmann.

Uwe Schlüper – Betriebswirt (VWA), geb. 1965, ist Wahlkreisbüromitarbeiter des Aachener Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko. Er bietet an jedem 2. und 4. Mittwoch im Monat eine kostenfreie Sozialsprechstunde an. Da die Termine sich kurzfristig ändern können und um zu lange Wartezeiten zu vermeiden wird um kurzfristige Terminabsprache unter 0241 / 99068250 gebeten.

Ist der Umbau der Energieversorgung bezahlbar?



Eindeutig JA! Diese Aussage gilt weiterhin. Teil 1 der Serie endete mit der Reduzierung des Stromverbrauchs, damit die Energiewende

zügig vollzogen werden kann auch ohne Neubau langer und damit kostspieliger Überlandleitungen. Eine weitere Voraussetzung für den schnellen Umbau ist die Schaffung eines weiteren Speicherpotentials.

Warum das? Dadurch können die anfallenden überschüssigen Mengen an Erneuerbaren Energien für den Gebrauch zu einem späteren Zeitpunkt „konserviert“ werden. Konservieren kennen wir von Lebensmitteln. Wenn davon mehr vorhanden sind als verbraucht werden können, werden die Übermengen mit unterschiedlichen Methoden haltbar gemacht. Und das müssen wir ebenso mit den überschüssigen Strommengen aus Sonne und Wind machen. Heute werden für einen solchen Fall Wasserreservoirs (bspw. in Form von Seen oder ehemaligen Bergbaustollen) vorgehalten.

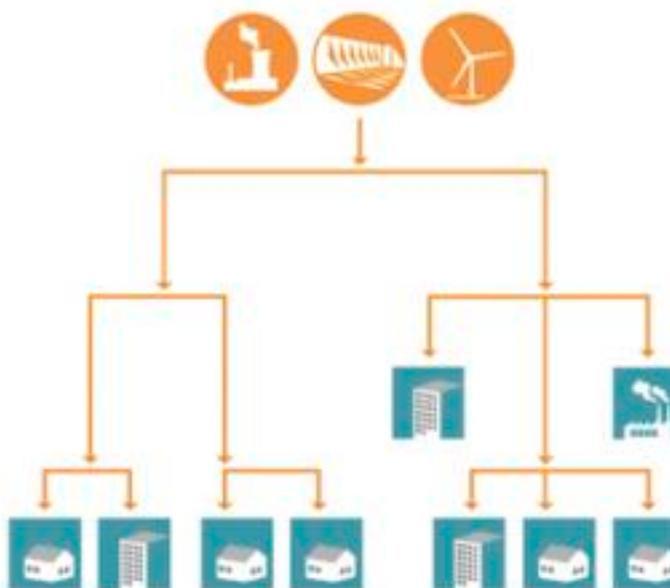
Allerdings ist deren Speichervolumen in der Summe viel zu gering, um die zeitweise anfallenden Energieüberschüsse aufzunehmen. Erhöhen lassen sich solche Speichermöglichkeiten aber auch nur sehr

begrenzt, weil dafür bestimmte Voraussetzungen erforderlich sind. Neben diesen Arten der Speicherung können ebenfalls Batterien überschüssige Energie aufnehmen und bedarfsgerecht wieder ins Netz leiten. So wurden zu Zeiten zweier deutscher Staaten im Westteil Berlins große Batterien-Kolonnen vorgehalten, um bei Stromknappheit die Stadt für eine Übergangszeit versorgen zu können. Gleichgeartete Batterienkolonnen könnten auch in kleineren Dimensionen in Hauskellern stehen. Diese dezentral angeordnete Speicherung von Überschüssen aus Sonne und Wind ließe sich schnell und erzeugernah realisieren. Für diesen Energieteil wären dann auch keine neuen kostspieligen Stromtrassen nötig.

Eine moderne Regelungstechnik ist allerdings schon notwendig, um Speicherauf- und -entladungen systemgerecht zu steuern. Hier kommen die „Smart Grids“ ins Spiel. Gemeint ist das „intelligente Stromnetz“ - eine gewählte Umschreibung, um die datenmäßige Nutzung vieler Aktivitäten aller beteiligten Einheiten kurz zu bezeichnen. Zu diesen Aktivitäten zählen auf Seiten der Versorgungsunternehmen der Abgleich von Stromverbrauch und -produktion, das Abfordern und Einspeisen der gespeicherten Energie ins Stromnetz oder umgekehrt das Speichern von überschüssiger Energie. Auf der Kundenseite liefert dieses intelligente Netz

Informationen für das mögliche Verbrauchsverhalten. Damit kann bspw. entschieden werden, ob günstiger Strom in der Nacht genutzt werden soll, um die Waschmaschine und

weil dafür Kraftwerke und Stromnetze vorgehalten werden müssen, deren Kapazitäten man lediglich kurzzeitig benötigt. Beim erfolgreichen Einsatz von „smart grids“



Schematische Darstellung von Smart Grids mit zentraler und dezentraler Erzeugung. „Bild: ABB“

den Trockner zu betreiben oder das Elektromobil aufzuladen. Smart Grids bieten darüber hinaus die Chance, künftig das Niveau von großen Abnahmemengen abzusinken. Diese großen Nachfragemengen entstehen heutzutage häufig morgens und mittags, sind allerdings auf eine relativ kurze Zeit begrenzt und deshalb nur sehr unwirtschaftlich zu erzeugen; unwirtschaftlich,

würde eine zeitlich bessere Verteilung der Verbräuche eintreten, womit die zuvor erwähnten Kraftwerke und Stromnetze entbehrlich würden. Die Folgen wären geringere Herstellungskosten und damit die Chance für einen günstigeren Strompreis.

Uwe F. Löh, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Städteregionstag

Wie erspare ich mir die Abfindung

Eschweiler anno 2011, Ähnlichkeiten mit Personen und Handlungen sind rein beabsichtigt.

Ein alteingesessenes Familienunternehmen der Elektrobranche, der Chef ein Patriarch alter Schule möchte seine Mitarbeiter loswerden, ohne jedoch die Abfindung aus 20 Jahren Arbeit zahlen zu müssen. Wie gelegen kommt da ein Arbeitsunfall. Der Mitarbeiter fällt von der Leiter und erleidet eine Zerrung. Die Krankschreibung ist vorprogrammiert. Nach 6 Wochen kann er die Arbeit endlich wieder aufnehmen. Wie das nach einem Unfall aber manchmal so ist, die Beschwerden kommen wieder und verschlimmern sich. Also geht unser Arbeiter halt nochmal zum Arzt. Dieser schreibt ihn wieder krank, ein Bandscheibenvorfall ist halt kein Klacks.

Jetzt denkt sich unser Chef, das ist die Gelegenheit. Die Ärzte haben ja sowieso keine Ahnung. Erstmal dem Arzt klar machen dass er sich die Krankmeldung ... , Sie wissen schon., desgleichen auch der Krankenkasse. Sogleich Krankmeldung nicht anerkennen, spart die Zahlun-

gen, Die hat inzwischen aber sowieso die Krankenkasse übernommen. Dann noch eine Abmahnung mit einer super tollen Erklärung schicken.

Diese könnte dann lauten wie folgt „Arbeiten wurden nicht korrekt ausgeführt“, „Krankmeldungen erschlichen“, „Deutschkenntnisse immer noch nicht verbessert“. Dieser Chef ist sicherlich nicht der hellste, ansonsten würde doch nicht nach 20 Jahren dies zu bemängeln gewesen sein. Unser Chef ist jedoch ein ganz forscher und macht dem kleinen Arbeiter klar, er wird schon angekrochen kommen, lange kann er wohl ohne Geld auskommen und wer soll ihm schon helfen. Zwar durch Krankheit und Stress gezeichnet aber nicht dumm verweigert unser Arbeiter die Unterschrift unter der Abmahnung. Im Gegenteil er nimmt sich einen Anwalt und erzählt uns die Geschichte, die sich wie gesagt mit realen Vorkommnissen so oder so ähnlich gerade in Eschweiler abspielt. Wir verfolgen aufmerksam diese Vorgänge.

Albert Borchardt, DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler

DIE LINKE lehnt Geschenke für internationale Finanzmafia ab

So haben alle Abgeordneten der einzelnen Bundestagsfraktionen am 29. September 2011 über die von Union und FDP vorgeschlagene Erweiterung des so genannten Europäischen Stabilitätsmechanismus (EFSF) gestimmt:

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	226	10	1
SPD	141	1	1
FDP	89	3	1
DIE LINKE	0	70	0
B'90/DIE GRÜNEN	67	1	0

Quelle: www.bundestag.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Stand: 29.09.2011. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
Uwe F. Löhch, Mitglied, stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Kurz notiert

Stadtrat Aachen unter Beobachtung gestellt

Aachen Seit Anfang Oktober 2011 gibt es ‚abgeordnetenwatch‘ (engl.: watch = sehen, aber auch: beobachten bzw. überwachen) für den Aachener Stadtrat.

Unter www.abgeordnete-watch.de/stadtraete-676-0.html können Bürger und Bürgerinnen ihre Fragen im öffentlichen Forum an die kommunalen Parlamentsvertreter/innen richten.

Diese waren zwar bislang auch gut persönlich zu erreichen, z.B. über das Ratsinformationssystem oder die Fraktionsgeschäftsstellen; neu ist jedoch, dass jede(r) Interessierte nun sämtliche Fragen und Antworten einsehen kann, wodurch sich mit der Zeit durchaus ein individuelles Politiker/innenprofil entwickeln kann.

Mobilticket rund um die Uhr

Städteregion Das Mobilticket des Aachener Verkehrsverbundes für Grundsicherungs-Empfänger (Langzeitarbeitslose, Rentner und Erwerbsgeminderte nach SGB XII) gilt ab 1. November rund um die Uhr und kostet zudem pro Monat 27,80€ anstatt 29,80€ wie vorher. Für DIE LINKE ist dieser Preis immer noch entschieden zu hoch. Sie fordert ein günstigeres Ticket und zudem bessere und preiswertere Angebote für alle Nutzer von Bus und Bahn.

Einwohnerfragstunde - Es bleibt wie es ist

Städteregion Den meisten Politiker im Städteregionstag ist der Gedanke, dass Einwohner aktiv an Ausschussitzungen der Städteregion teilnehmen, anscheinend eher unangenehm. Anders ist es kaum zu erklären, dass keine Fraktion außer der SPD einen Antrag der Linksfraktion zur Bewerbung der Einwohnerfragestunde unterstützen mochte.

Zukunft der Städteregion

Städteregion Vielen Menschen sind Sinn und Zweck der Städteregion bis dato eher verborgen geblieben, was man ihnen nicht verübeln kann. Wenig hilfreich sind auch die Hahnenkämpfe zwischen Städteregionsrat Etschenberg und Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp. Wie es mit der Städteregion aus Sicht der Linken weitergehen sollte, erfahren Sie in der nächsten Ausgabe der WIR.

Aktuelle Beiträge unter www.wir-online.org

Theater in der JVA Aachen

Spätestens seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts ist ein Gefängnis auch ein Ort künstlerischer Auseinandersetzung. Experten sehen ‚Knast-Theater‘ als wichtiges Integrationswerkzeug und Teil der Resozialisierung.

Im „Wartesaal der Träume“, dem aktuellen Theaterstück der JVA Aachen, sitzen nicht nur ‚Knackis‘. Das Stück hält der Gesellschaft insgesamt den Spiegel vor, denn auch außerhalb der Mauern wird mit Illusionen und Wunschbildern jongliert. ‚Drinne‘ jedoch ist der Gedankenflug über Mauern hinweg auch Ersatz für die entzogene Freiheit. „Freiheit ist ein kaltes Land und hat mein Herz verbrannt“, lautet eine Textpassage, die die schicksalhaften Verquickungen von Umwelteinflüssen und sozialer Verfremdung hinter Gittern zum Ausdruck bringt. Die Figuren - neun Männer und ein Transvestit - verbringen ihre Zeit an einem nicht näher definierten Ort - einem Warteraum. Sie alle haben Träume und sprechen über gescheiterte Beziehungen, Verantwortung und Ausgrenzung und die Masken, die wir alle tragen.

Die Regisseurin des Stadttheaters Aachen Ewa Teilmanns, deren Arbeit sich als Plädoyer für eine urteilsfreie Begegnung zwischen Straftätern und der ‚Rest-‘ Bevölkerung versteht, erarbeitete das Projekt mit der Theatergruppe „Die Biberköpfe“ der JVA Aachen. Sie gründete die JVA-Spielgruppe anlässlich ihrer Inszenierung „Berlin Alexanderplatz“, in der Inhaftierte von der Leinwand aus ihr altes Ego in den einzelnen Hauptfiguren verkörperten.

Zuschauer und an dem Projekt beteiligte Personen sprachen davon, dass sie allesamt menschlich viel gewonnen hätten. So stotterte z.B. einer der Darsteller zu Beginn des Projektes heftig und konnte zum Schluss seine Texte fehlerfrei wiedergeben. Der Bühnenbildner des Theaterstücks äußerte: „Ich dachte darüber nach, wie schnell man im Leben doch einmal falsch abbiegen kann und das Leben eine ganz andere Wendung nimmt.“ Ein Inhaftierter türkischer Abstammung gewann durch das Stück folgende Erkennt-

nis: „Die Feindschaft mit der eigenen Persönlichkeit beenden, die Freundschaft mit dem Selbst pflegen, dann wächst das Vertrauen ins Leben und der Wartesaal der Träume wird nicht zur Endstation.“

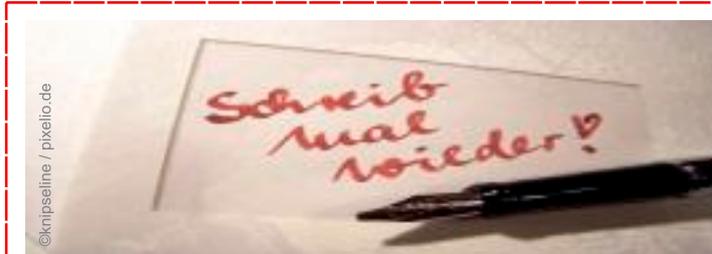
DIE LINKE in der StädteRegion Aachen gehört neben den Grünen zu den regelmäßigen Besuchern von Kulturveranstaltungen innerhalb der JVA Aachen. Die Genossinnen und Genossen der Partei suchen den offenen Gedankenaustausch mit den Menschen hinter den Mauern der JVA und einzig DIE LINKE setzt sich seit 2010 für den Fortbestand des Theaterprojektes ein, u.a. mit einer Anfrage an den Landtag NRW und Pressemitteilungen zu fehlenden finanziellen Mitteln.

Aktuell werden für die Fortsetzung des Theaterprojektes wieder Sponsoren gesucht, da die Landesregierung dafür keine Gelder vorsieht.

Gastbeitrag Peter van Os

Finanztransaktionssteuer

<http://www.steuer-gegen-armut.org/>



Ihre Meinung ist uns wichtig!
eMail: wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch
Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag
Stichwort "Leserbrief"
Haus der Städteregion
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen

Behindertenlotsen in Eschweiler

Von Mai bis Oktober erstreckte sich der Lehrgang zum Behindertenlotsen, der im Arbeitnehmerzentrum Königswinter durchgeführt wurde. Unter den Teilnehmern waren auch zwei Mitglieder der Linken aus Eschweiler. Elvira Hausmann und Edwin Sengewald, die sich auch bisher schon stark in der Sozialberatung und -begleitung engagierten. Mit der Schulung zum Behindertenlotsen haben sie ein weiteres Gebiet erschlossen, um den Menschen in und um Eschweiler noch mehr helfen zu können.

Viele Behinderte sind mit ihren Problemen erst einmal alleingelassen und Angehörige können auch nicht immer helfen. Viele wissen gar nicht, welche Möglichkeiten sie

haben. Hier kommen dann die Behindertenlotsen ins Spiel. Hauptsächlich geht es bei ihrer Arbeit um Themen des Sozialrechts, der Beratung und auch der Vernetzung mit den Ämtern oder auch Anwälten wenn nötig.

Edwin Sengewald, selbst durch eine schwere Krankheit nicht mehr voll einsatzfähig nutzt seine Zeit, um den Menschen in seiner Umgebung zu helfen, ob als HartzIV-Begleiter, Bildungsberatungslotse in der StädteRegion und jetzt auch als Behindertenlotse.

Elvira Hausmann, Rentnerin, hat nach eigenen schlechten Erfahrungen mit den Behörden begonnen, ihren Mitmenschen bei ähnlichen Problemen zu helfen und ihre Bestimmung darin gefunden. So er-

weitert sie ständig ihre Kenntnisse um auch in anderen Bereichen kompetente Hilfe leisten zu können.

Wer ihre Hilfe in Anspruch nehmen möchte, kann sie im Rahmen der Bürger- und Sozialsprechstunde des Ratsvertreters der Linken im Rathaus besuchen oder auch über untenstehende Tel.-Nummern erreichen.

Elvira Hausmann,
Telefon 02403/7826709 und
hausmann-elvira@web.de
Edwin Sengewald,
Telefon 0178/96993180 und
nc-riedelbr@netcologne.de

Weitere Informationen unter:
<http://www.lotsen-nrw.de/>
<http://www.staedteregion-aachen.de>

Rentenkampagne zeigt: Bevölkerung ist gegen

Geboren wurde die Idee einer Rentenkampagne auf einer Sitzung des linken Arbeitskreises Betrieb&Gewerkschaft in Aachen im Sommer 2011. Anlass dafür gab es viele: da war der sogenannte Rentendialog der Bundesregierung zur Bekämpfung der Altersarmut, die zunehmende Berichterstattung über Rentner und Rentnerinnen, die in Armut leben und zum Teil noch arbeiten müssen und die Tatsache, dass die Rente ab 67 im nächsten Jahr endgültig in Kraft treten wird, sollte der Bundestag nicht doch noch etwas anderes beschließen.



Ziel der Kampagne war es einerseits, die Öffentlichkeit zu informieren und andererseits, die Stimmung in der Bevölkerung aufzufangen. So plante der Arbeitskreis, in den größeren Städten der Region mit einer Bodenzeitung Meinungen einzuholen und das Gespräch mit den Menschen in der Städteregion zu suchen. Das Konzept der Bodenzeitung besteht darin, dass die Leute direkt um ihre Meinung gefragt werden. So konnte man konkret abstimmen, was man von der Rente mit 67 hält. Außerdem durften die Leute niederschreiben was sie ansons-

ten von der Rentenpolitik und Altersarmut halten. In insgesamt fünf Städten (Aachen, Alsdorf, Eschweiler, Herzogenrath und Stolberg) breitete der Arbeitskreis also jeweils an einem Samstag die Bodenzeitung aus. Und um mangelnde Resonanz konnten sich die Kollegen und Kolleginnen nicht beklagen und auch nicht um eindeutige Ergebnisse. Denn das Meinungsbild war bei mehreren hunderten Befragten klar:

- ▶ Die Rente mit 67 wird abgelehnt
- ▶ Es herrscht große Sorge um die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung
- ▶ Die große Mehrheit will flexible Renteneintrittsalter ohne Abschläge

Dies zeigt, dass die Bevölkerung weiter ist als die Regierenden, die uns mit der Rente ab 67, unzureichenden Rentenanhebungen und einer zusätzlichen, für die Versicherten aber teuren privaten Zusatzvorsorge beglücken will!



Zusätzlich zu den Bodenzeitungen gab es zu Beginn der Rentenkampagne Ende September eine Sonntagsmatinee im Linken Zentrum in Aachen. Dort erläuterten Vertreter des Arbeitskreises und Fachleute aus anderen Vereinen und Verbänden (u.a. Sozialverband Deutschland und Katholische Arbeitnehmer Bewegung – KAB) die Probleme des deutschen Rentenversicherungssystems, deren Ursachen und mögliche Lösungsmöglichkeiten. Zum Abschluss gab es unter dem Titel „Wege aus der Altersarmut“ Anfang November die Abschlussveranstaltung, auch diesmal wieder prominent besetzt, u.a. mit Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der linken Bundes-



Persönliche Erklärung von Andrej Hunko, Fraktion DIE LINKE, nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Erweiterung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (EFSF):

Ich gebe eine persönliche Erklärung zur Abstimmung zur EFSF als jemand ab, der aus der Europastadt Aachen kommt, der dort im Dreiländereck Belgien-Niederlande-Deutschland aufgewachsen ist und der in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aktiv an der europäischen Integration beteiligt ist. Ich gebe sie auch als Mitglied von Attac ab, einer europaweiten Organisation, die schon sehr frühzeitig etwa die Finanztransaktionsteuer gefordert hat. Diese Debatte heute hat allerdings nichts mit proeuropäisch oder antieuropäisch zu tun, sondern sie hat etwas damit zu tun, wer für die Kosten der Krise zahlen soll.

Ich habe die EFSF erstens abgelehnt, weil sie in erster Linie ein Airbag für die Finanzindustrie sowie für die Spekulanten und Finanzhaie ist, die aus Steuermitteln gerettet werden sollen. Anstatt die Gläubiger an den Kosten der Krise zu beteiligen, wird ein Mechanismus zur Risikoabsicherung der Spekulationsgewinne, eine dauerhafte Pipeline aus Steuergeldern in den Finanzsektor, geschaffen.

Der zweite Grund, warum ich das ablehne, ist, dass die mit dieser EFSF verknüpften Austeri-

tätsprogramme die Krise gerade in Griechenland weiter verschärfen werden. Anstatt etwa in Griechenland Sozialleistungen zu kürzen und öffentliches Eigentum dem Ausverkauf preiszugeben, wäre in Griechenland ein sozial-ökologisches Aufbauprogramm, finanziert durch Gläubigerbeteiligung, kräftige Vermögensabgaben und Reduzierung der überhöhten Militärausgaben, notwendig.

Drittens lehne ich die EFSF ab, weil sie innerhalb der Europäischen Union eine Entdemokratisierung – gerade auch gegenüber dem griechischen Parlament; Griechenland ist die Wiege der Demokratie in Europa – bedeutet. Gerade jetzt in der Krise wäre es notwendig, zu einem Mehr an Demokratie zu kommen – etwa auch zu einer Beteiligung der Bevölkerung durch Referenden wie zum Beispiel in Island, wo darüber abgestimmt wurde, wer die Kosten der Krise im Fall der Icesave-Bank zahlen soll. Wir brauchen mehr Demokratie und keine Entdemokratisierung in der Krise.

Die Euro-Krise steht im Zusammenhang mit den exorbitant gestiegenen privaten Vermögen, die in etwa den gesamten Staatsschulden auf EU-Ebene entsprechen, sowie mit den extremen Leistungsbilanzunterschieden innerhalb des Euro-Raums. Um die Krise zu lösen, müssen die Staatsschulden durch eine kräftige Vermögensabgabe reduziert, die deutschen Exportüberschüsse durch nachhaltige Lohnerhöhungen

ausgeglichen und die Finanzmärkte endlich reguliert werden. All das ist in der EFSF nicht vorgesehen.

Besonders peinlich bin ich von dem Brief des griechischen Parlamentspräsidenten berührt, der uns allen vorgestern zugestellt wurde. Er bittet uns um Würdigung all der Kürzungen im Sozialbereich, die er detailliert auflistet: Rentenkürzungen, Kürzungen im öffentlichen Dienst usw. Sie kennen die Liste. Ich kann diese Politik nicht würdigen. Ich kann ihr auch nicht entsprechen. Im Gegenteil: Dieses Programm findet nicht in meinem Namen und nicht im Namen der Fraktion Die Linke statt. Ich würdige hingegen den Widerstand der griechischen Bevölkerung gegen die soziale Barbarei, die dort stattfindet, und gegen die wirtschaftliche Unvernunft.

Ich möchte auch würdigen, dass jetzt von der spanischen Bewegung „¡Democracia real YA!“ versucht wird, in Zusammenarbeit mit Attac europaweit endlich eine Bewegung von unten zu schaffen: für ein anderes Europa, ein soziales Europa. Ich möchte dazu aufrufen, beim europaweiten Aktionstag am 15. Oktober vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt mitzumachen. Das ist der Weg der direkten Bürgerbeteiligung. Wir brauchen ein anderes Europa, ein Europa, das sozial ist, sonst wird uns diese EU um die Ohren fliegen.

Rente ab 67 und will andere Rentenpolitik



tagsfraktion (siehe auch erste Seite), Dirk Neumann, Rentenfachmann des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und Dr. Ralf Welter von der KAB. Bei allen Unterschieden im Detail waren sich alle Redner einig in der Ablehnung der aktuellen Rentenpolitik. Was die jetzigen und zukünftige Rentner und Rentnerinnen brauchen, sind keine Pseudo-Lösungen wie die Zuschussrente a la von der Leyen, sondern eine armutsfeste und menschenwürdige Sicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Und eine gute Rente setzt voraus, dass es ausreichend gute Arbeit gibt, weshalb sowohl ein gesetzlicher Mindestlohn als auch eine Ausweitung der Sozialversicherungspflicht auf Mini-Jobs notwendig sind.

Für den Arbeitskreis Betrieb&Gewerkschaft ist die Rentenkampagne des Herbstes 2011 zwar

vorerst zu Ende. Solange aber auf Bundesebene keine grundlegend andere Politik betrieben wird, stellt sich die Notwendigkeit, weiter aktiv zu sein, mit den Leuten zu reden und über Alternativen zu informieren. Wer künftig beim Arbeitskreis mitmachen will, kann sich z.B. unter bug@dielinke-aachen melden oder die Sitzungen besuchen. Termine siehe unten.

Harald Siepman, Für den AK Betrieb&Gewerkschaft

Mitglied werden. Hier und jetzt!
DIE LINKE.

Deine Stimme für unser Parteiprogramm! Mitgliederentscheid 2011

Abstimmen bis zum 15. Dezember
Informationen unter
Telefon: 030/240 09 237
Fax: 030/240 09 777
mitgliederentscheid@die-linke.de



www.linkswest.de

DIE LINKE.

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastr. 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen

Augustastr. 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum

Augustastr. 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten:
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Arbeitskreise

Arbeitskreis Umwelt, Verkehr, Stadtplanung

Treffen jeden Freitag ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/umwelt

Arbeitskreis Gesundheit und Soziales

Treffen jeden 2. Mittwoch im Monat ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/soziales

Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft

Treffen jeden 4. Dienstag im Monat ab 18.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/bug

Arbeitskreis Bedingungsloses Grundeinkommen

Treffen jeden 2. Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr
www.dielinke-aachen.de/ak/ak-bge

Treffen der Arbeitskreise im Linken Zentrum

Linksjugend [solid]

Aachen

Linkes Zentrum
Treffen jeden Dienstag ab 19.00 Uhr
<http://linksjugendsolidaachen.blogspot.de/>

Eschweiler

"Dilo" | Aachener Str. 119 | 52249 Eschweiler
Treffen jeden Samstag ab 18.00 Uhr
www.dielinke-eschweiler.de/ov/linksjugend

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Adressen

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 180,
Tel.: 0241 / 5198 3305
Zollernstraße 10 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Habsburgerallee 11-13 | 52064 Aachen
3.OG, Raum 369, Tel.: 0241 / 432 7244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herzogenrath

Rathausplatz 1, 1.OG, Raum 105, Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.dielinke-herzogenrath.de
Postadresse: Fraktion DIE LINKE
Im Rat der Stadt Herzogenrath

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Stolberg

Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg
1.OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de

Bürgersprechstunde jeden Donnerstag

15:00 bis 17:30 Uhr

DIE LINKE im Rat der Stadt Alsdorf

Hartmut Knippschild
Rathaus Hubertusstr. | 52477 Alsdorf
eMail: Alsdorf.Linke@alsdorf.de
www.dielinke-alsdorf.de | Tel.: 0160/5518854

DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler

Albert Borchardt
Johannes-Rau-Platz 1 | 52249 Eschweiler
eMail: albertborchardt@dielinke-eschweiler.de
www.dielinke-eschweiler.de | Tel: 0179/648 3205

Bürgersprechstunde und Sozialsprechstunde

jeden 3. Montag im Monat
jeweils 15:30 - 18.30 Uhr | Rathaus, Raum 13

DIE LINKE im Rat der Stadt Monschau

Erika Krebs
Bürgerforum 21 / DIE LINKE
Laufenstrasse 84 | 52156 Monschau
Raum 503 | Tel.: 02472 / 81266
erika.krebs@dielinke-aachen.de
www.dielinke-nordeifel.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

Augustastraße 69 | 52070 Aachen
Telefon 0241/990 6825-0 | Telefax 0241/990 6825-1
eMail: andrej.hunko@wk.bundestag.de | www.andrej-hunko.de
Sprechzeiten: Montags 11 bis 13 Uhr, und
Donnerstags 17 bis 19 Uhr und nach Vereinbarung

Sozialsprechstunde Bundestagesbüro Andrej Hunko

Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr

Erwerbslosenberatung gibt es u.a. an folgenden Stellen:

Beratungsstelle Aachen - Berufsverband d. KAB Diözese Aachen e.V.

Beratungsstelle, Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen
St.-Josefs-Platz 1 52068 Aachen
Telefon: 0241 51 000 755 | Fax: 0241 51 000 848
kab-beratungsstelle@web.de | http://kab-aachen-eifel.de/

KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel Andris Gulbins

Beratungsstelle, Erwerbslosen- oder Sozialhilfeinitiative,
Ämterbegleitung | Nordrhein-Westfalen
KAB Bezirksverband Aachen Stadt/Eifel / Andris Gulbins
Martinstr. 6 | 52062 Aachen
Telefon: 0241 4001860 | Fax: 0241 4001864
hartz4-gruppe-kab@gmx.de | http://kab-aachen-eifel.de

Interessante Veranstaltungen zu diversen Themen bieten:

Evangelische Stadtakademie Aachen

Haus der Evangelischen Kirche
Frère-Roger-Straße 8-10 (früher: Michaelstraße)
52062 Aachen | Telefon: 0241/453-162
http://www.stadtakademie-aachen.de

Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen

Bischöfliche Akademie / August-Pieper-Haus
Leonhardstr. 18-20
52064 Aachen | Telefon: 0241/47996-0



1		9		2	8	6		3
2		4			6		7	
6	8	5	7					
3		7			4		9	8
	6	2			1			
4					5			
							2	
			1			9		7
		1	6		9	5	8	

Copyright 2007 by Michael Jentsch (M.Jentsch@web.de) - www.sudoku-ebook.de
This wotk is licensed under a Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Germany License.

WIR



Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. im Städteregionstag erhalten.
Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion

Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen

e-mail:
wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

Redaktion
Harald Siepmann (zugleich v.i.S.d.P.),
Robert Boltz, Albert Borchardt,
Marika Jungblut, Dirk Makowski,
Andreas Müller, Django Schins

Layout
Andreas Becker, Albert Borchardt

Fotos:
www.pixelio.de, wikimedia commons,
Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE NRW

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Druck
Brimberg, Aachen

Auflage
25.000

Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.
Ihr seid toll.

Nächste Ausgabe:
Redaktionsschluss Februar 2012
Ausgabe: März/April 2012